

Bericht aus Berlin



April 2021

Liebe Leserin, lieber Leser,

politisch ereignisreiche Wochen liegen hinter uns. In Hessen hat die Kommunalwahl am 14. März 2021 die CDU in Hessen als stärkste Kraft bestätigt. Wir hätten uns dennoch ein besseres Ergebnis gewünscht, vor allem auch in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg. In Darmstadt haben nicht nur unsere beiden hauptamtlichen Dezernenten über die Jahre hinweg eine gute und engagierte Arbeit geleistet. Auch die ehrenamtlichen Stadtverordneten und Kommunalpolitiker haben alles gegeben. Es wurde leider vom Wähler nicht in der erhofften Weise honoriert.

Ebenso hat die CDU-Kreistagsfraktion in Darmstadt-Dieburg nach sehr engagierter Oppositionsarbeit auf ein besseres Ergebnis gehofft.

Wir warten nun ab, welche Koalitionen sich in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg bilden werden – ob mit oder ohne die CDU.

Ich habe persönlich ein sehr gutes Ergebnis bei der Kommunalwahl eingefahren und bedanke mich bei meinen Wählerinnen und Wählern sehr herzlich für dieses Vertrauen!

Im Vorfeld wurde ich oft gefragt, ob ich als Bundestagsabgeordnete denn überhaupt Zeit für die kommunale Ebene hätte.

Ein Bundestagsmandat ist in der Tat sehr zeitfüllend. Da kommt man mit einer 40-Stunden-Woche nicht hin und daher übe ich auch keine weiteren Nebentätigkeiten aus. Für den Kreistag habe ich aber eine Ausnahme gemacht und erneut kandidiert, weil ich es für wichtig halte, dass die politischen Ebenen miteinander im Austausch sind. Für mich ist es wichtig zu wissen, welche Themen im Landkreis eine Rolle spielen. Nur so kann ich von Berlin aus auch unterstützen und erkennen, wo Fördermittel benötigt werden usw.

Es gibt auch viele Themen, wie zum Beispiel die Digitalisierung an den Schulen, die Rückkehr der Wölfe in viele Regionen in Deutschland, die Nitratbelastung des Grundwassers usw., die sowohl auf Kreis- als auch auf Bundesebene beraten werden. Da ist es interessant, beide Blickwinkel zu kennen.

Ich danke allen, die ehrenamtlich in den Wahllokalen und später beim Auszählen als Wahlhelfer Dienst getan haben – Dienst für die Demokratie, Dienst für die Allgemeinheit!

Viele Parteimitglieder haben trotz schwieriger Situation vor Ort um Stimmen gekämpft und Überzeugungsarbeit geleistet. Auch ihnen gilt mein besonderer Dank.

Ich weiß, dass es sehr enttäuschend ist, wenn man sich ehrenamtlich für die Belange vor Ort einsetzt und sich in der Freizeit politisch engagiert und dann kurz vorm Wahltag durch hauptamtliche Politiker zurückgeworfen wird, die wegen unmoralischer Geschäfte oder Korruptionsvorwürfen durch die Medien gehen. Auch für mich ist das Verhalten der ehemaligen Bundestagskollegen, die sich in einer Notlage persönlich an Maskenvermittlungen bereichert haben, unerträglich. Die Vermischung von Mandat und eigenen wirtschaftlichen Interessen ist inakzeptabel. Leider schadet dies der gesamten Union. Natürlich kann ich auch die Enttäuschung und Empörung der Wähler bzw. Bürgerinnen und Bürger sehr gut nachvollziehen.

Wir müssen uns nun sehr viel konsequenter als bisher Regeln geben, damit sich solches Fehlverhalten künftig nicht mehr wiederholt. Politiker, die sich nicht an die Verhaltensregeln halten, haben ihren Platz in unserer Fraktion verliert und müssen umgehend ausgeschlossen werden. Wir müssen jetzt umgehend in den eigenen Reihen aufräumen, um dann das Vertrauen der Menschen in unserem Land zurückgewinnen zu können. Die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Fraktionsmitgliedern bereits Eckpunkte für einen Verhaltenskodex für die Fraktion vorgelegt, der weit über die rechtlichen Regelungen des Abgeordnetengesetzes hinausgehen.

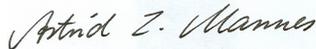
Wir gehen nun wohl den schwersten Wochen dieser Pandemie entgegen. Die Mutanten haben sich gegenüber dem Ausgangsvirus durchgesetzt, die Ansteckungen nehmen stark zu. Wir stehen am Beginn der dritten Pandemiewelle. Die Bundesregierung und die Länderregierungen tun alles, damit so viele Impfungen wie möglich durchgeführt werden können. Auch die vermehrten Schnell- und Selbsttests sind eine wichtige Ergänzung und können uns wieder mehr Normalität und sichere Kontakte im täglichen Leben bringen.

Wir sehen die Belastungen des medizinischen Personals und der Krankenhäuser. Wir sehen jedoch auch die Müdigkeit der Menschen, die Problematik im Bildungsbereich sowie die Existenzsorgen bei Unternehmen, Geschäftsleuten, Selbständigen, aber auch vielen Arbeitnehmern.

Der Wunsch nach Normalität und Lockerungen ist verständlich. Doch derzeit können wir keine Entwarnung geben. Lockerungen zum falschen Zeitpunkt würden die Pandemie nur verschärfen und verlängern.

Ich wünsche Ihnen trotz der Einschränkungen, die uns auferlegt sind, schöne Ostertage!
Passen Sie gut auf sich auf!

Herzlichst Ihre



Bundesmitten für den Wahlkreis

Bund fördert Hallenbad in Münster mit 2 Millionen Euro

Vor genau 50 Jahren, im März 1971, wurde das Hallenbad in Münster eingeweiht. Mittlerweile sanierungsbedürftig und seit Sommer 2019 geschlossen, war die Zukunft bislang ungewiss. Die Gemeinde Münster hat für die bauliche und technische Sanierung des Hallenbades nun vom Bund eine Förderzusage über 2 Millionen Euro erhalten.

Ich freue mich, dass ein Projekt aus meinem Wahlkreis eine hohe Fördersumme erhält, da das Münsterer Hallenbad auch von Besuchern der umliegenden Städte und Gemeinden schmerzlich vermisst wird und für den Schwimunterricht für zahlreiche Schulen eine wichtige Einrichtung ist. Mit den 2 Millionen Euro aus Bundesmitteln kann die Gemeinde die Sanierung im nächsten Jahr hoffentlich in Angriff nehmen!

10 Millionen für den Breitbandausbau in Darmstadt-Dieburg vom Bund

Gemeinsam mit meiner Kollegin, der Bundestagsabgeordneten Patricia Lips, freue ich mich über eine weitere hohe Bundesförderung für unsere Wahlkreise.

Der Zweckverband NGA-Netz Darmstadt-Dieburg erhielt einen Förderbescheid über rund zehn Millionen Euro für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze in der Region Darmstadt-Dieburg. Dem Verband gehören alle Kommunen des Landkreises außer Seeheim-Jugenheim, Bickenbach, Alsbach-Hähnlein und Münster/Hessen an. Hier sollen die Menschen demnächst über ein flächendeckendes Breitbandnetz verfügen.



Quelle: pixabay.com

Mit einem breitbandigen Netz in unserer Region sind wir auf einem guten Weg in die digitale Gesellschaft. Denn neue Technologien und Dienstleistungen durchdringen nahezu jeden Bereich unseres täglichen Lebens. Sie eröffnen den Menschen und Unternehmen vor Ort wichtige Chancen, wie z. B. bessere Möglichkeiten zur Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Sie sind damit auch ein entscheidender Standortfaktor.

Darmstädter Projekt gewinnt Innovationswettbewerb

Das Projekt „SG4BB“ unter Projektleitung der TU Darmstadt gehört zu den Gewinnerprojekten beim vom Bundesministerium Bildung und Forschung ausgerufenen Ideenwettbewerb. Die Plattform SG4BB zum Testen von personalisierten Serious-Games und spielerischen Lernangeboten in der beruflichen Weiterbildung setzte sich unter 107 eingereichten Projekten durch.

Vor allem beeindruckte die Jury die technologische Innovation und den für berufsbezogene Weiterbildung vielversprechenden strukturellen und didaktischen Entwicklungsansatz. Das Projekt leiste einen wichtigen Beitrag zur Optimierung des digitalen Weiterbildungsraumes, so die Begründung der Jury. Dazu gehöre die Vernetzung sowie Weiterentwicklung von internetbasierten Plattformen bei digitalen Lehr- und Lernangeboten.

Die Plattform bietet eine wichtige Orientierung im derzeit noch unübersichtlichen Weiterbildungsmarkt. Zudem steigert sie Transparenz und Qualität und vergrößert das Weiterbildungsangebot. Dabei stellt Digitalisierung einen fundamentalen Bereich in unserer Gesellschaft dar. Mit der Notwendigkeit zur Anpassung in der Arbeits- und Berufswelt nimmt berufsbezogene Weiterbildung eine zentrale Rolle ein. Die Plattform ermöglicht den Menschen, möglichst unkompliziert und schnell die für sie passende Weiterbildung zu finden. Natürlich freue ich mich auch, dass ein Projekt aus Darmstadt zu den Gewinnern zählt. Das zeigt, dass wir nach wie vor zu den technologisch innovativsten Regionen Deutschlands gehören.

Daumendrücken für Schloss Braunschardt

Ich habe frühzeitig im letzten Jahr mit dem Weiterstädter Bürgermeister Ralf Möller Kontakt aufgenommen und ihn darauf hingewiesen, dass die Stadt Weiterstadt einen Förderantrag im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogrammes des Bundes für die anstehenden Restaurierungsarbeiten in den repräsentativen Räumen des Schlosses Braunschardt stellen kann. Dies ist geschehen. Im Mai werden wir wohl erfahren, ob die Bewerbung um die Bundesmittel erfolgreich war. Somit: Daumendrücken für Schloss Braunschardt!



Quelle: Dr. Astrid Mannes

Zur aktuellen Pandemielage

Grüner Pass für Geimpfte, Genesene und Getestete

Die EU-Kommission hat am 17. März 2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zu Bescheinigung von Impfungen, Tests und der Genesung vorgelegt. Mit der Initiative strebt die Kommission an, einen europarechtlichen Rahmen für digitale Zertifikate über vorgenommene Impfungen und Tests bezüglich COVID-19 sowie die Genesung von einer Erkrankung zu schaffen und die Freizügigkeit in der EU baldmöglich wiederherstellen. Dieser Pass soll zur Sicherheitsüberprüfung mit einem QR-Code versehen und auch in Papierform ausgestellt werden können. Die Verordnung soll bei Annahme auf die Dauer des von der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgerufenen internationalen Gesundheitsnotstand begrenzt sein.

Corona-Impfungen

Angesichts der immer noch angespannten pandemischen Lage gab es auch kritische Stimmen in Bezug auf die kurzzeitige Aussetzung des Impfstoffes AstraZenica. Die Bundesregierung war einer Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts gefolgt und hatte die Impfungen mit diesem Impfstoff für wenige Tage ausgesetzt, bis mehrere Fälle von Blutgerinnseln, die nach Impfungen aufgetreten waren, untersucht waren.

Impfen hat mit Vertrauen zu tun. Daher war es richtig abzuklären, ob die in Einzelfällen aufgetretenen schweren gesundheitlichen Probleme von Geimpften in Zusammenhang mit dem Impfstoff stehen und das Impfrisiko neu zu bewerten. Gerade wenn solche schwerwiegenden Impffolgen im Raume stehen, muss eine Klärung stattfinden. Das ist der Staat auch allen schuldig, die sich impfen lassen. Jeder impfwillige Mensch muss einschätzen können, welches Risiko er durch eine Impfung auf sich nimmt, um dies dann abwägen zu können gegen das Risiko, sich ohne Impfung möglicherweise an Covid-19 zu infizieren und zu erkranken.

In Deutschland wurden inzwischen über 11 Millionen Impfungen durchgeführt. Seit Impfstart am 27. Dezember 2020 haben bis Ende März gut 10 Prozent eine Erstimpfung und rund 4,5 Prozent der Bevölkerung auch die zweite Impfung erhalten.



Quelle: pixabay.com

Besonders wichtig war es uns, die besonders vulnerablen Menschen in unserem Land schnellstmöglich zu schützen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen haben zu 91 Prozent eine Erstimpfung - 70 Prozent sogar eine volle Impfung.

Diese Ergebnisse spiegeln sich auch in der Faktenlage nieder, dass sowohl die Hospitalisierungslage von Dezember 2020 von 5000 auf mittlerweile 1000 Menschen der über 80 Jährigen und die Todesrate dieser Bevölkerungsgruppe von 4,152 im Dezember auf 1,196 im März 2021 gesunken ist.

Bundesweit wurden bis Mitte März auch 3.131.290 Pflegekräfte einmal und 1.257.413 Pflegekräfte zweifach geimpft.

Gerade in den letzten Wochen wurde die Geschwindigkeit der Impfkampagne erheblich gesteigert. Zudem werden bis Ostern voraussichtlich knapp 20 Millionen Impfdosen nach Deutschland ausgeliefert worden sein.

Die aktuellen Prognosen besagen, dass nicht nur die Lieferungen der bereits verfügbaren Impfstoffe AstraZeneca, BioNTech/Pfizer und Moderna drastisch erhöht werden, sondern auch in den nächsten Wochen die Impfstoffe von Johnson und Johnson und Curevac und zum vierten Quartal auch der Impfstoff Sanofi/GSK in größeren Mengen verfügbar sein werden. Für die drei in der EU bereits zugelassenen Impfstoffe haben die Hersteller BioNTech(Pfizer, Moderna und AstraZeneca vorläufige Lieferpläne erstellt, die natürlich mit Unsicherheiten behaftet sind.

Bereits jetzt können durch die Länder beauftragte Arztpraxen und Betriebsärzte als sogenannte Außenstellen der Impfzentren aktiv einbezogen werden. In der nächsten Phase der Impfkampagne können - mit zunehmender Liefermengen an Impfstoff - dann auch die Hausärzte flächendeckend einbezogen werden.

Gibt es durchaus auch berechtigte Kritik im Umgang mit der Corona Pandemie in Deutschland, so stehen wir im Internationalen und europäischen Vergleich doch sehr gut da.

Die Deutsche Infektions- und Sterblichkeitsrate durch Corona liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt. Bei einer Impfdosenverteilung an ca. 10 Prozent der deutschen Bevölkerung liegen wir aktuell im Durchschnitt der europäischen Staaten.

Neben dem Impfen finden nun auch in großem Umfang Testungen statt. Die Länder haben vor allem für die Schulen und Kitas in großem Umfang Schnelltests bestellt, um diese Einrichtungen ohne übergroßes Risiko offenhalten zu können.

Der Bund übernimmt die Kosten für die Schnelltests, die individuell für Bürger in Testzentren, Apotheken oder Praxen angeboten werden.

Sozialschutz-Paket III

Dieses Gesetz soll die sozialen Folgen der Corona-bedingten wirtschaftlichen Krise abfedern. Teil dieses Pakets ist die Verlängerung des vereinfachten Zugangs zu den Grundsicherungssystemen sowie der erleichterten Vermögensprüfung beim Kinderzuschlag bis zum 31. Dezember 2021. Zudem werden die Sonderregelungen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bis zum 30. Juni 2021 verlängert. Ebenso können erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro je Person für das erste Halbjahr 2021 erhalten. Schließlich wird im Künstlersozialversicherungsgesetz geregelt, dass ein Unterschreiten des für eine Versicherung mindestens erforderlichen Jahreseinkommens von 3.900 Euro auch im Jahr 2021 keine negativen Auswirkungen auf den Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung hat.

Drittes Corona-Steuerhilfegesetz

Mit diesem Gesetz sind die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021 umgesetzt worden. Unter anderem sieht das Gesetz die Verlängerung der gewährten Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen bis zum 31. Dezember 2022 vor. Außerdem soll für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt werden. Schließlich wird der steuerliche Verlustrücktrag für die Steuerjahre 2020 und 2021 nochmals erweitert und auf 10 Mio. Euro bei Einzelveranlagung und 20 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung angehoben. Somit verschafft dieses Gesetz den Betrieben Liquidität, die vor der Wirtschaftskrise hohe Steuern bezahlt und ihren Verlustrückgang selbst vorfinanziert haben.



Quelle: pixabay.com

Themen aus dem Bundestag

Lobbyregistergesetz

Der Bundestag hat die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters beschlossen. Es soll beim Deutschen Bundestag elektronisch geführt werden. Damit besteht für Interessenvertreter künftig eine Eintragungspflicht, bevor diese gegenüber Abgeordneten oder Fraktionen sowie deren Mitarbeiter Interessenvertretung betreiben. Die Registrierungspflicht besteht auch für die Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung für Gespräche mit Ministerialbeamten (ab Ebene der Unterabteilungsleiter). Die Gespräche der Interessenvertreter mit Abgeordneten und Bundesregierung selbst müssen nicht dokumentiert oder eingetragen werden. Die Freiheit des Mandats bleibt unberührt. Interessenvertretung gegenüber Abgeordneten im Wahlkreis wird etwas zurückhaltender geregelt; die Eintragungspflicht greift nur dann, wenn die Interessenvertretung regelmäßig oder auf Dauer betrieben wird.

Verstöße gegen die neuen Regeln sollen strafbar sein. Wer sich nicht registriert oder falsche Angaben macht, begeht künftig eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld in Höhe bis zu 50.000 Euro geahndet werden kann.

Rentenversicherung und Alterssicherung Die Bundesregierung hat ihren Rentenversicherungsbericht 2020 vorgestellt, der über die aktuelle Lage der Rentenversicherung informiert.

Im Jahr 2020 sind die gesamten Beitragseinnahmen der allgemeinen Rentenversicherung bis September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 1,9 % gestiegen. Bis zum Jahr 2034 steigen die Renten voraussichtlich um insgesamt rund 32,2 %. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,3 % pro Jahr.

Neuregelung zum Kinderkrankengeld

Mit der Neuregelung des Kinderkrankengeldes nimmt der Bund wegen der Corona-Pandemie eine befristete Regelung zum Kinderkrankengeld auf. Mit der auf das Jahr 2021 beschränkten Regelung erhalten gesetzlich Krankenversicherte das Kinderkrankengeld pro Kind längstens für 20 Tage, Alleinerziehende für 40 Tage. Dieser Anspruch gilt auch in den Fällen, in denen eine Kinderbetreuung zu Hause erforderlich wird. Das gilt insbesondere auch dann, wenn das Kind auf Grund der Empfehlung von behördlicher Seite die Einrichtung nicht besucht hat.

Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder.

Die geltenden Straftatbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern werden verschärft. Die Strafrahmen der neuen Straftatbestände der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie des Straftatbestandes der Kinderpornographie werden angehoben. Bereits die Grundtatbestände werden als Verbrechen ausgestaltet. Vorgesehen ist eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe. Außerdem sollen einzelne Strafbarkeitslücken geschlossen und die Strafverfolgung u.a. durch Erweiterung der Ermittlungsbefugnissen effektiver gestaltet werden. In der Strafprozessordnung soll außerdem ausdrücklich ein Beschleunigungsgebot für Strafverfahren mit minderjährigen Opferzeugen verankert werden.

Verdoppelung der Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe

Im Jahr 2019 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 54,9 Milliarden Euro für Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. 2009 lag diese Zahl noch bei 26,9 Milliarden Euro. Somit haben sich diese Ausgaben in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Mit 36,9 Milliarden Euro fielen gut zwei Drittel der Ausgaben 2019 auf die Kindertagesbetreuung. Ein knappes Viertel der Ausgaben entfiel auf die Hilfen zur Erziehung. Davon flossen 6,5 Milliarden Euro in die Unterbringung junger Menschen in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderen betreuten Wohnformen. Weitere 2,1 Milliarden Euro investierten Bund, Länder und Gemeinden in Angebote und Einrichtungen der Jugendarbeit, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder Jugendzentren. Die restlichen 2,9 Milliarden Euro entfielen unter anderem auf Bereiche wie den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, die Förderung der Erziehung in der Familie und die Jugendsozialarbeit.

Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität

Mit dem Gesetzentwurf sollen erste Lehren aus dem Fall Wirecard und das Vertrauen in den deutschen Finanzmarkt gestärkt werden. Dazu sieht der Gesetzentwurf Änderungen am bisherigen System der Bilanzkontrolle, der Abschlussprüfung sowie der Grundsätze der Unternehmensführung vor. So soll die Richtigkeit der Rechnungslegungsunterlagen von Unternehmen von öffentlichem Interesse weiterhin sichergestellt werden.



Foto: Christiane Lange

Gesetz zur Mobilisierung von Bauland

Die Unionsfraktion hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden sollen. In Umsetzung dieses Vorhabens wird ein neuer Bebauungsplanytyp für den Wohnungsbau eingeführt und das Bauen im Innen- und Außenbereich für bestimmte Fälle erleichtert. Flächen sollen leichter für die Bebauung mobilisiert werden, indem die Anwendungsbereiche der gemeindlichen Vorkaufsrechte und des Baugabens für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten erweitert werden.

Für mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Wohnungsbauflächen wird außerdem die Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt. Weitere Regelungen heben die Bedeutung grüner Infrastruktur in Städten und Gemeinden für den Klimaschutz hervor und gehen auf flächendeckende Mobilfunkversorgung und Elektromobilität ein. Mit diesem Gesetz kommen wir dem Ziel der schnelleren Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau und der Flexibilisierung bestehenden Planungsrechts deutlich näher.

Gesetz zur Verbesserung der Strafverfolgung hinsichtlich des Handels mit inkriminierten Gütern unter Nutzung von Postdienstleistern

Das Gesetz schafft Verpflichtungen für Postdienstleister zur Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden. Wenn sie Postsendungen transportieren, bei denen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass mit ihnen Straftaten z.B. nach dem Betäubungsmittelgesetz, Waffengesetz oder Sprengstoffgesetz begangen werden, besteht künftig eine Pflicht zur Vorlage der Postsendungen bei den Strafverfolgungsbehörden.

Bildung in Deutschland 2020

Der aktuelle Nationale Bildungsbericht 2020 zeigt in vielen Bereichen positive Entwicklungen im deutschen Bildungssystem auf. So sind die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft gestiegen sowie eine höhere und frühere Bildungsbeteiligung und ein Trend zur Höherqualifizierung erkennbar. Zudem hat die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten seit 2008 kontinuierlich zugenommen - bei gleichzeitigem Rückgang der Schülerzahlen. Die Inanspruchnahme des Angebots der Ganztagsbetreuung nahm ebenfalls deutlich zu und die Bildungschancen für Kinder von gering qualifizierten Eltern sind – trotz weiterhin vorhandener sozialer Disparitäten – gestiegen. Darüber hinaus enthält der Bericht ein Schwerpunkt Kapitel zur Bildung in der digitalisierten Welt, das insbesondere auf Entwicklungsbedarfe bei der digitalen Ausstattung von Schulen hinweist.

Als problematisch hingegen erweist sich die steigende Zahl von jungen Menschen, welche die Schule ohne Abschluss verlassen. Seit 2013 steigt die Quote der Schulabbrecher wieder an - zuletzt fast 7%. Knapp 54.000 Jugendliche verließen 2018 die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss.

Zudem gibt es über alle Bildungsbereiche hinweg zu viele Menschen mit geringen schriftsprachlichen Kompetenzen.

Nachtragshaushalt 2021

Das Kabinett hat einen Entwurf für den Nachtragshaushalt 2021, die Eckdaten für den Bundeshaushalt 2022 und die Finanzplanung bis 2025 vorgelegt.

Der Nachtragshaushalt setzt eine klare Priorität auf die kurzfristige Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Eine wirksame Impfstrategie - flankiert durch eine umfassende Teststrategie - ist die zentrale Voraussetzung zur Bewältigung der Pandemie in Deutschland. Die dazu notwendigen Finanzmittel bilden sich im Nachtragshaushalt als Mehrausgaben des Bundesgesundheitsministeriums in Höhe von 8,7 Milliarden Euro ab. Auch für die wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie sieht der Entwurf eine Aufstockung der Hilfen für Unternehmen und Selbständige um weitere 25,5 Milliarden Euro vor. Die Steuereinnahmen werden sich in diesem Jahr um geschätzte 8,8 Milliarden Euro gegenüber der ursprünglichen Planung reduzieren.

Zudem wird mit dem Nachtragshaushaltsentwurf dafür gesorgt, dass der Staat im weiteren Jahresverlauf schnell auf weitere Entwicklungen der Pandemie reagieren kann. Der Vorsorgeposten wurde um weitere acht Milliarden Euro auf dann 43 Mrd. Euro aufgestockt.

Gleichzeitig werden die Weichen über die Covid-19-Krise hinaus gestellt. Es sind Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung, in Bildung und Forschung sowie in den sozialen Zusammenhalt etatisiert.

Mit dem Nachtragshaushalt werden die Gesamtausgaben im Jahr 2021 auf 547,7 Mrd. Euro steigen. Zur Finanzierung soll die Nettokreditaufnahme um 60,4 Mrd. Euro auf nunmehr gut 240 Mrd. Euro erhöht werden. Auf die beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 gerechnet bleibt die Nettokreditaufnahme jedoch niedriger als ursprünglich geplant.

Rentenversicherung und Alterssicherung

Die Bundesregierung hat ihren Rentenversicherungsbericht 2020 vorgestellt, der über die aktuelle Lage der Rentenversicherung informiert.

Im Jahr 2020 sind die gesamten Beitragseinnahmen der allgemeinen Rentenversicherung bis September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 1,9 % gestiegen. Bis zum Jahr 2034 steigen die Renten voraussichtlich um insgesamt rund 32,2 %. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,3 % pro Jahr.

Internationales

75 Jahre UN-Sicherheitsrat

Am 17. Januar 1946 wurde der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegründet. Wenige Wochen nach Gründung der UNO traf sich der Sicherheitsrat als wichtigstes Untergremium zu seiner konstituierenden Sitzung im Church House der Westminster Abtei in London. Erst 1951 zog der Rat in das UNO-Hauptquartier am East River in Manhattan. Die USA, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und China haben einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. 10 weitere Länder werden für jeweils zwei Jahre als nicht-ständige Mitglieder dazu gewählt.



Quelle: pixabay.com

Zuletzt hatte Deutschland 2019 und 2020 einen dieser Sitze inne. Seit 1. Januar 2021 sind Estland, Indien, Irland, Kenia, Mexiko, Niger, Norwegen, St. Vincent, Tunesien und Vietnam die nichtständigen Mitglieder.

Zu den Aufgaben des Sicherheitsrates gehören unter anderem der Beschluss von Sanktionen gegenüber Ländern für internationale Vergehen oder der Einsatz von Blauhelmeinsätzen. Starke Vereinte Nationen sind ein Kernanliegen der deutschen Außenpolitik. Damit er auch in Zeiten des Wettbewerbs der Großmächte handlungsfähig bleibt, setzt sich Deutschland weiter für eine Reform des Sicherheitsrats ein.

China zum fünften Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner



Quelle: pixabay.com

Bild: Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2020 (wie bereits seit 2015) in die Vereinigten Staaten, obwohl die Warenexporte dorthin gegenüber 2019 um 12,5 % auf 103,8 Milliarden Euro zurückgingen. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China.

Die Volksrepublik China war im vergangenen Jahr zum fünften Mal in Folge der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, also die Summe aus Importen und Exporten, belief sich 2020 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 212,1 Milliarden Euro. Trotz der Corona-Krise stieg der Umsatz im Außenhandel mit China damit um 3,0 % gegenüber 2019. Auf den Rängen 2 und 3 der wichtigsten Handelspartner folgten die Niederlande mit gehandelten Waren im Wert von 172,8 Milliarden Euro (-8,7 %) und die Vereinigten Staaten mit 171,6 Milliarden Euro (-9,7 %). Wenn man Exporte und Importe getrennt betrachtet, ergibt sich folgendes

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Astrid Mannes MdB Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos © Christiane Lange, pixabay.com, Dr. Astrid Mannes

